

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

26.5.1924 (No. 123)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Geldmark. — Einzelnummer 10 Geldmark. Samstags 15 Geldmark. — Anzeigengebühr 12 Geldmark für 1 mm Höhe und ein
Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffreier Rabatt, der als Rabattabatt gilt und serviert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.
Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangs-
waise Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder
in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verhältet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.
Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes

Die Arbeitsmarktlage hat sich in der Woche vom
15.—21. Mai zahlenmäßig nicht erheblich verändert. Die
Erwerbslosenziffer ist im Gesamten noch etwas zurück-
gegangen, sie sank von 13 800 auf 13 250, also um 550.
Die in den letzten Wochen beobachtete erhebliche Besserung
der Arbeitsmarktlage ist bedeutend schwächer geworden,
in einzelnen Bezirken ist sogar schon ein Steigen
der Erwerbslosenzahlen festzustellen.

Im Heidelberger Arbeitsnachweisbezirk konnten Zie-
gelei-, Steinbruch- und Kalkgrubenarbeiter vermittelt
werden. Auch sonst besteht Nachfrage nach Steinbauern.
Schwankend ist die Lage in der metallverarbeitenden In-
dustrie. Verschiedentlich kamen Betriebsbeschränkungen vor.
In der Porzellan- und Schmiedewarenindustrie ist ein weite-
res Abflauen zu beobachten, 14 Betriebe sehen jetzt 1—3
Lage in der Woche mit der Arbeit aus, betroffen sind
hierbei 4490 Personen. Auch in der Zuvengelgruppe, die
seitler außerst gut beschäftigt war, macht sich ein Abbrö-
ckeln bemerkbar. Die Lage in der Schwarzwälder Uhren-
industrie ist gespannt, mehrere Betriebe stehen vor Ar-
beiterkündigungen. Dagegen blieb die Arbeitsmarktlage
in der Textilindustrie des Westens günstig. Mangel be-
steht an Seidewebern und Färbem. Die Veredelungs-
industrie hat reichlich Auftragsaufträge. Die Weinber-
berufstätigen sind vollst. beschäftigt. Anderwärts
besteht noch Nachfrage nach Sattlern für Sportartikel und
Gehäusen. Im Holzgewerbe dauert die Ausperrung noch
an. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe waren an
einem großen Plage die zahlreich gemeldeten Bäcker und
Brotbäcker nicht unterzubringen, dagegen ist neuer Bedarf
an Zigarrensortierern vorhanden. Im Bekleidungs-
gewerbe ist der Beschäftigungsgrad noch verhältnismäßig
gut, namentlich sind erklaffige Großtuchmacher gesucht,
dagegen fehlen offene Stellen für Kleinstklosterarbeiter und
Reparaturschuhmacher. Der Bedarf an Bauhandwerkern
konnte bei weitem nicht gedeckt werden; dieser Mangel
drückt auf die Einstellung von Bauhilfsarbeitern. Im
Verdienstleistungsgewerbe eines großen Manges ist der Be-
darf im allgemeinen gedeckt, vereinzelt werden noch gute
Seher gesucht. Im Baden-Badener Fremdenverkehr
wird lebhaft nach jungen Köchen gefragt. Köche, Köch-
innen und Küchenmädchen sind auch sonst noch gesucht. Im
Handelsgewerbe hat die unsichere Lage angehalten. Es
mangelt an Aufträgen, vereinzelt werden erste Kräfte für
Korrespondenz und Buchhaltung gesucht, lebhafter ist die
Nachfrage nach Provisionsreisenden und Reisevertretern.

Die Regierungsbildung im Reich

Auch der am Samstag zwischen den Mittelparteien und
den Deutschnationalen geführten Verhandlungen hatten kein
Ergebnis. Den Deutschnationalen wurden einige außerpoli-
tische Fragen vorgelegt, zu denen sie erklärten, daß sie sich
den Fraktionsbeschlüssen vorbehalten müßten. Die Fraktions-
führung der Deutschnationalen wurde für den heutigen
Montag angelegt. Die nächste Parteispiegelung wird erst nach
dieser Sitzung stattfinden. Wie aus parlamentarischen Kreisen
weiter mitgeteilt wird, hatten die Verhandlungen die Stel-
lungnahme der Fraktionen zum Sachverständigenrat
zum Gegenstand. Die Personenfrage wurde wiederum offen
gelassen. Nach Beendigung der allgemeinen Besprechung tra-
ten die Mittelparteien gesondert zu einer Besprechung zusam-
men, um die weiteren politischen Möglichkeiten zu erörtern.
Der Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei
setzte ebenfalls seine Sitzung fort.
Die Möglichkeiten des Zustandekommens einer Regierung
mit den Deutschnationalen werden von den Blättern im all-
gemeinen skeptisch eingeschätzt. Die Mittelparteien sind über-
aus gekommen, zunächst den Beschluß der Deutschnationalen
abzuwarten und sich bis dahin passiv zu verhalten. Nach et-
was späterer Ablehnung durch die Deutschnationalen würden die
Mittelparteien wieder zusammentreten. Erst dann wird sich
auch das Reichsamt darüber schlüssig werden, ob die Ge-
samtmission überreicht werden soll. Vor heute Montag
abend sind also Entscheidungen nicht zu erwarten.

Neue Verhandlungen im Ruhrstreit

Da auf Grund des Schiedsspruches vom 18. Mai zur Bei-
legung des Ruhrbergarbeiterstreiks eine Einigung der Par-
teien nicht zustande gekommen ist, hat der Reichsarbeitsmin-
ister angeordnet, daß die Bedeutung des Streitfalles für die gesamte
deutsche Wirtschaft nach Prüfung mit den Parteien sich
entschieden, nochmals ein Schlichtungsverfahren einzuleiten.
Er hat zum Schlichter den Präsidenten der Reichsverwaltung
Dr. Schup bestellt. Die Schlichtungsverhandlungen finden
am heutigen Montag im Reichsarbeitsministerium statt.

Die Meldung, wonach auf den staatlichen Wälferschlächtern
die Wolfshandarbeiten eingestellt seien und die untersten So-
hlen unter Wasser ständen, trifft, wie aus Redinghausen ge-
melde wird, nicht zu.

Herriots Außenpolitik

Erklärungen des künftigen französischen Ministerpräsidenten
Der Abg. Herriot hat in Lyon einem Vertreter des „Petit
Journal“ eine Unterredung gewährt, in der er u. a. erklärte,
in der Außenpolitik werde die neue französische Regierung sich
von zwei Grundsätzen leiten lassen, der Welt den wahren
Frieden der Gerechtigkeit und Frankreich die Sicherheit und
die Reparationen zu gewährleisten, auf die es Anspruch habe.
Nach außen wie im Innern denke er sich auf die demo-
kratischen Parteien zu stützen. Zuerst müsse die neue Regie-
rung darnach trachten, die Schwierigkeiten zu regeln, die der
Sachverständigenbericht mit sich bringe, dann habe sie die
Modalitäten der Räumung des Ruhrgebietes zu prüfen, aber
ihr Ziel werde sie vor allem dadurch erreichen, daß sie sich be-
mühe, die Beziehungen Frankreichs zu den verschiedenen Völ-
kern freundschaftlicher zu gestalten.

Das Interview, das der „Morvortis“ veröffentlichte, gebe
seine Absichten in bezug auf Deutschland einigermaßen
getreu wieder. Es hätten sich jedoch gewisse sachliche Irrtümer
eingeschlichen, die zu berichtigen notwendig wären. Er habe
gesagt, er würde jedes Zusammenarbeiten mit den deutschen
Nationalisten ablehnen und nicht mit den deutschen Kommuni-
stinnen. Ebenso habe er auch nicht erklärt, daß er von der
Gegenseite Vertrauen fordern werde, er habe vielmehr gesagt,
daß er „bona fides“ verlange. Schließlich fehle in der Wie-
dergabe seiner Erklärungen im „Morvortis“ die Mitteilung,
daß es seine entschiedene Absicht sei, die Rechte seines Landes
zu verteidigen, und daß man vor allem jenseits des Rheins be-
denken solle, daß eine nationalistische Orientierung der deut-
schen Regierung die Verhandlungen zum Zwecke der Wieder-
herstellung des Friedens erschwere, die zum Ziele zu füh-
ren sein schärfster Wunsch sei. Er wolle jede Demokratie
unterstützen und gegen jeden Imperialismus ankämpfen.

Die neue französische Regierung könne, so fuhr Herriot
fort, nicht vor dem 5. Juni endgültig gebildet sein. In seiner
Eigenschaft als Vorsitzender der radikalen und sozialistisch-
radikalen Partei werde er an den sozialdemokratischen Partei-
tag, der am 1. Juni zusammentrete, schriftlich sein Angebot
richten. Von der Antwort werde seine künftige Verhalten
abhängen. Wie diese aber auch ausfalle, die Regierung, an
die er denke, werde sich nur auf die Männer der Linken stüt-
zen und nur ihre Mitarbeit annehmen. Die Aufgabe der
neuen Regierung werde es sein, eine unbedingte sichere Fi-
nanzpolitik in die Wege zu leiten und das Gleichgewicht des
Budgets herzustellen.

In einem zweiten Interview, das Herriot einer Nachrich-
tenagentur gewährte, erklärte er u. a., er sei überzeugt, daß
die neue demokratische Atmosphäre die meisten Schwierigkeiten
mit England beseitigen werde. Andererseits sei nie-
mand mehr für die Wiederherstellung normaler Beziehungen
zu Deutschland als er, Herriot. Wenn aber das deutsche Volk
sich dem Imperialismus wieder zuwenden und wenn Deutsch-
land es ablehne, Frankreich gegenüber die Reparationen zu
begleichen, so werde jeder Versuch, den Frieden herzustellen,
gefehlt werden. Seine Politik gegenüber Deutschland
werde eine Politik der „bona fides“ sein, aber ihre Früchte
nur dann tragen, wenn man es mit der „bona fides“ von der
anderen Seite zu tun habe. Was die Sowjets anlangte, so
sei er durchaus geneigt die Beziehungen zu ihnen wieder
aufzunehmen. Aber er lehne es ab, sich den internationalen
Anforderungen von Moskau zu fügen.

Die französischen Sozialisten

Der Kongreß der sozialistischen Vereinigung des Seine-
departements hat am Sonntag, wie aus Paris gemeldet wird,
seine Beratungen nicht zu Ende geführt. Sie werden am Don-
nerstag fortgesetzt werden. Der ehemalige Gewerkschafts-
sekretär Marcel Laurent erklärte im Verlauf der Debatte, so-
fort in die Regierung einzutreten. Der ehemalige Abgeord-
nete Languet erklärte sich gegen die Beteiligung und erin-
nerte hauptsächlich daran, daß das große Anwachsen der kom-
munistischen Stimmen im Seine-departement der Partei ver-
hängnisvoll werden könnte, wenn sie die Schwäche bejahe, sich
an der Regierung zu beteiligen.

In einer großen Anzahl von Vereinigungen der französi-
schen Provinz haben am Sonntag ebenfalls lokale Kongresse
stattgefunden. Es erklärten sich für die Beteiligung an der
Regierung verschiedene Departements. Das Departement
Var sprach sich dagegen aus.

Der Briefwechsel MacDonald-Poincaré

Paris, 26. Mai. Dasas bestätigt eine Meldung des
„Antanagant“, daß MacDonald Poincaré gegenüber schrift-
lich den Wunsch geäußert habe, daß die kürzlich zwischen den
beiden Premierministern geführte Korrespondenz veröffent-
licht werde. Das Ersuchen sei natürlich von Poincaré zustim-
mend aufgenommen worden und die Veröffentlichung der
Dokumente werde in Paris und London gleichzeitig erfolgen,
höchstwahrscheinlich aber erst in 2 oder 3 Tagen.

Politische Neuigkeiten

Der Attentatsplan gegen General v. Seeckt

Am heutigen Montag beginnt in Berlin der große Prozeß
wegen des Attentatsplanes gegen den General v. Seeckt, der in
mancher Beziehung ein Seitenstück zum Hitler-Ludendorff-
prozeß werden dürfte. Angeklagt sind der Kaufmann und
Ingenieur Alexander Thormann und der Augsburgener Fabrik-
ant Dr. Gottlieb Grandel. Die Anklage, die auf Verabre-
dung zum Mord an einer im öffentlichen Leben stehenden
Persönlichkeit (Verbrechen nach § 49b St. G. B.) lautet, baut
sich auf den bekannnten Feststellungen über den mysteriösen
Attentatsplan und über die Art seiner Aufdeckung auf.

Thormann, der bis zum Januar dieses Jahres Mitglied des
Wikingbundes also der Brigade Ehrhardt war hatte dem Se-
kretär der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei v. Tattenborn,
seine Pläne über eine nationale Diktatur vorgelegt. Voraus-
setzung hierfür sei aber die Beseitigung des Generals von
Seeckt. Ludendorff bezeichnete er als ungeeignet für die
Rolle des neuen Vork. Tattenborn ging zum Schein auf die
Anregung ein, unterrichtete aber im geheimen den Reichs-
kommissar für die öffentliche Ordnung über den Attentats-
plan. Zehn Tage lang wurden dann zwischen Tattenborn
und Thormann alle Einzelheiten des Mordplanes beraten,
General v. Seeckt selbst sollte beim Spazierritt im Latten-
saal abgeschossen werden. Tattenborn ging als „ausführendes Or-
gan“ seiner Parteigenossen Leutnant Köpfe hinzu, der Thormann
unter dem Namen Schuhmacher vorgestellt wurde, wäh-
rend Thormann wiederum den in Berlin weilenden Dr.
Grandel von seinem Vorhaben unterrichtete und zu den Be-
sprechungen hinzog. Grandel soll dabei seine Zustimmung
mit dem Bemerkten gegeben haben, daß sich diese Tat der po-
litischen Konstellation richtig einfügen würde. Am Morgen
des 15. Januar sollte das Attentat ausgeführt werden; statt
dessen griff der Reichskommissar für die öffentliche Ordnung
zu und ließ Thormann im Kaffee Josty verhaften. Grandel
wurde zwei Tage später in Augsburg verhaftet. Vor dem
Untersuchungsrichter gab Thormann seine Beteiligung an der
Verabredung zu, behauptete aber, daß nicht er der Anstifter
gewesen sei, sondern daß im Gegenteil Herr v. Tattenborn
ihn zu dem Attentat angestiftet habe. Späterhin hat er u.
a. auch noch angegeben, daß er schon früher aus den glei-
chen Kreisen heraus zur Beteiligung an einem Befreiungs-
versuch des Kapitäns Ehrhardt aus dem Leipziger Unter-
suchungsgefängnis aufgefordert worden ist.

Die neue Befehlsordnung

tritt wie schon mitgeteilt, am 1. Juni in Kraft. Im Gegen-
satz zu anderweitigen Nachrichten hat das Reichsfinanzmini-
sterium angeordnet, daß die Bezüge der Reichsbeamten für
Juni in der bisherigen Höhe bereits am 28. Mai ausbezahlt
werden und daß die auf Grund der Neuregelung notwen-
dig werdende Nachzahlung kurz vor Pfingsten in die Hän-
de der Beamten gelange. Die neuen Grundgehälter für die
Gruppen I bis XIII haben wir bereits mitgeteilt. Bei den
Einzelgehältern sind die neuen Gehälter (Anfangs- und End-
gehalt) folgende: Gruppe B I 10 500, Gruppe B II 12 000,
Gruppe B III 13 500, Gruppe B IV 14 000, Gruppe B V
18 000, Gruppe B VI 27 000 (Reichsminister), Gruppe B VII
30 000 (Reichsminister).

Der Wohnungsgeldzuschuß ist in seinen Sätzen unverändert
geblieben, dagegen hat sich die Verteilung infolge der Umstel-
lung der Grundgehälter geändert. In der Klasse A be-
trägt der Zuschuß bei einem Grundgehalt bis 948 M. 252
M. jährlich, bei einem Grundgehalt bis 1284 M. 300 M.
jährlich, bei einem Grundgehalt bis 2340 M. 540 M.
jährlich, bei einem Grundgehalt von 4140 M. 960 M.
jährlich, bei einem Grundgehalt von 7200 M. 1200 M.
jährlich, bei einem Grundgehalt von 9600 M. 1600
M. jährlich, bei mehr als 12 000 M. 1500
M. jährlich. Von diesen Sätzen werden jedoch wie bisher
nur 80 Prozent gezahlt. Die sozialen Zulagen sind wie be-
reits gemeldet um 20 Prozent erhöht worden.

In der Wirkung kommt die Neuregelung darauf hinaus,
daß die bisherigen Grundgehälter in den unteren Befehls-
gruppen um 17,5 Prozent, in den mittleren Gruppen um
45 Prozent und in den oberen Gruppen, die bisher stark zu-
rückgeblieben waren, um 60 bis 70 Prozent erhöht werden.

Ludendorff als Versammlungsdredner

Auffallend war der starke Rückgang der völkischen Stimmen
in Oberbayern bei der Reichstagswahl gegenüber der Land-
tagswahlen vier Wochen zuvor. Daran war nicht nur die ge-
schickte Spitzenkandidatur der Deutschnationalen in der Per-
son des Herrn v. Tirpitz schuld, sondern, wie sich fast zahlen-
mäßig nachweisen läßt, vor allem Ludendorff selbst. Das
„Bayerische Bauernblatt“ weist nämlich darauf hin, daß der
völkische Stimmenrückgang überall besonders stark da gewe-
sen ist, wo Ludendorff als Versammlungsdredner für die Völ-
kischen aufgetreten ist. Das trifft für Würzburg zu, für
Ingolstadt und vor allem auch für eine der Hochburgen der
Völkischen, Rosenheim, wo Ludendorff zwei Tage vor der Wahl
sprach. Sein preussischer Offiziers-ton löste bei den bayerischen
Bauern nicht die gewünschte Begeisterung, sondern offensicht-
lich das Gegenteil aus und die Versammlungsteilnehmer
ließen, wie das Blatt meldet, nach der Versammlung die
Ausrufung fallen: „Was fällt denn dem ein, der kommandiert
ja, als wenn wir seine Puker wären.“

Die Regierungsbildung in Württemberg

Die Verhandlungen über die Neubildung der württem-
bergischen Regierung sind, wie die „Wöf. Ztg.“ aus Stuttgart
meldet, auf Veranlassung des neuen Landtagspräsidenten, des
Bauernbündlers Körner, seit einigen Tagen eingeleitet wor-
den. Zunächst haben sich die Vertreter der Rechten, des Zen-
trums, der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen

Partei zu gemeinsamen Besprechungen zusammengefunden. Von der äußersten Rechten wird besonderer Wert auf die Besetzung des Innenministeriums gelegt, ein Anspruch, der beim Zentrum, das bisher das Innenministerium befehlt hat, auf Widerpruch stößt. Da auch über die Besetzung der anderen Ministerposten bis jetzt noch keine Einigung erzielt werden konnte, dürfte die dem Landtagspräsidenten bewilligte Frist von acht Tagen nicht eingehalten werden können.

Kurze Nachrichten

In dem Prozess des Pariser „Matin“ gegen die „Humanité“ aus Anlaß der Enthüllungen des letzteren Blattes über die finanziellen Beziehungen der französischen Presse zu gewissen russischen Regierungsstellen sind der Abgeordnete Marcel Cachin als verantwortlicher Herausgeber und Boris Suterin als Redakteur der „Humanité“ solidarisch zu 200 Fr. Geldstrafe und 10 000 Fr. Schadenersatz verurteilt worden. Der „Matin“ hatte 500 000 Fr. Schadenersatz verlangt.

Die beiden noch ausstehenden Stichwahlen in Frankreich fanden am Sonntag statt. In Velfort wurde die beiden radikalsozialistischen Abgeordneten der alten Kammer gewählt, in Alge zwei linksrepublikaner.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Voranschlag des Ministeriums des Innern

wurde am Freitag mittag vom Haushaltsausschuß zu Ende beraten. Aus den geführten Debatten ist nach dem uns vorliegenden Bericht u. a. zu entnehmen:

Die Regierung lehnte es ab, der Anregung eines deutschvolksparteilichen Abgeordneten zu folgen, Leute, die sich persönlich an das Ministerium wenden, sofort wieder aus dem Hause des Ministeriums hinaus zu komplementieren und an die Bezirksstellen zu verweisen. Die Regierung betonte ihre Pflicht, daß gerade die Regierung eines Volksstaates die persönliche Führung mit allen Volkskreisen und Schichten pflegen müsse. Das hätten im alten Staate übrigens selbst einige liberale Minister nicht abgelehnt; sie hätten die Petenten in den Ministerien auch nicht hinauswerfen lassen.

Der demokratische Sprecher gab dem liberalen Volksvertreter zu verstehen, daß seine Auffassung unzutreffend, und daß er durchaus nicht sachlich berichtet sei.

Der sozialdemokratische Redner lehnte die Auffassung des lib. Vertreters schärfstens ab. Er wies besonders darauf hin, daß es gerade die Opposition wäre, die bei einem derartigen Verhalten der Minister der Koalition nicht zögern würde, hinaus ins Land zu ziehen, um dort die Bevölkerung gegen eine derartige Regierung mobil zu machen.

Der Zentrumsredner stimmte dieser Auffassung zu, und lehnte ebenfalls in scharfer Form die Ansicht des liberalen Vertreters ab.

Nur der Vertreter der deutschnationalen Partei glaubte für den Vorstoß des liberalen Vertreters eintreten zu müssen.

Im weiteren Verlauf der Debatte schnitt ein sozialdemokratischer Vertreter die Bahnvorschriften im deutschen Zollausfuhrgebiet des Oberheins an, wobei die Regierung eine sofortige Prüfung in Aussicht stellte.

In gleicher Weise wurde die sozialdemokratische Anfrage erledigt, über die Gewährung einer Vergütung an die staatlichen Beamtenanwärter während der Vorbereitungszeit.

Zu einer Auseinandersetzung führte der Titel polizeilicher Erkennungsdienst, wobei der kommunistische Vertreter Übergriffe der politischen Polizei behauptete, die auf Anordnungen des Ministers zurück zu führen seien.

Die Regierung erklärte, daß vom Ministerium derartige Verordnungen oder Verfügungen nicht ergangen seien; sie werde den vorgetragenen Fällen nachgehen.

Bei dem Titel „Polizeiliches Arbeitshaus“ teilte die Regierung auf Anfrage mit, daß die Hinweissung von Schiebern eine sehr heilsame Wirkung ausgeübt habe; die Hinweissung sei nur während der Dauer des Militär-Ausnahmestandes erfolgt.

Von Regierungsseite wurde auch Aufschluß gegeben über die Zahl der in den staatlichen Irrenanstalten (Kliniken und Anstalten) befindlichen Kranken und Pfleger.

Die Zahlen betragen:

| | | | | | | |
|---------------|----------|------|----------|------|------|------|
| 1. Jan. 1922: | männlich | 1516 | weiblich | 1762 | Ges. | 3278 |
| 1. „ 1923: | „ | 1538 | „ | 1782 | „ | 3320 |
| 1. „ 1924: | „ | 1517 | „ | 1723 | „ | 3240 |
| 1. Mai 1924: | „ | 1456 | „ | 1725 | „ | 3181 |

Hierzu kommen noch die in der Fürsorgestelle Mannheim befindlichen Kranken, deren Zahl am 1. Mai 1924 betrug: 153 männliche und 100 weibliche Patienten, so daß die Gesamtzahl der in staatlicher Obhut und Pflege sich befindlichen Kranken am 1. Mai 1924 betrug: 3434.

In den Beratungen spielte auch die Frage wiederholt eine Rolle, ob bei der Besetzung von leitenden Posten wie Anstaltsdirektoren usw. immer und in erster Linie geeignete „Badische Bewerber, badische Staatsangehörige“ in Betracht gezogen und bestätigt wurden.

Die Regierung erklärte, daß für sie gewiß der Grundsatz gelte, bei gleicher Qualifikation den badischen Landesfindern den Vorzug zu geben, daß aber oberster Grundsatz bleiben müsse, der geeigneten und besten Mann auf eine solche Stelle zu bringen, auch wenn er einmal nicht badischer Staatsbürger sei. Man müsse bedenken, daß auch badische Landesfinder in anderen Ländern derartige Posten begleiten, und diese Frage oft

eine ungewünschte und ungewollte Rückwirkung haben könne.

Der sozialdemokratische Redner stellte sich auf den Standpunkt, daß es in diesen Fragen überhaupt keine Grenzpfähle innerhalb des Reiches geben dürfe, der beste Mann sei gerade genug für einen solchen Posten. Im übrigen wurde von allen Seiten anerkannt, daß die Regierung bemüht war, in allen Fällen die beste Lösung zu finden.

Von Landbundsseite wurde auch die Frage besprochen, nach der finanziellen und wirtschaftlichen Seite der landwirtschaftlichen Betriebe der staatlichen Anstalten, die mehr als bisher nach rein landwirtschaftlichen Grundsätzen betrieben werden müßten; den landwirtschaftlichen Bernaltern und Betriebsleitern müsse hierin eine größere und freiere Betätigung, größere Selbständigkeit gegeben werden.

Demgegenüber stand die Regierung auf dem Standpunkt, daß diese landwirtschaftlichen Betriebe in erster Linie der Anstalt selbst dienen und nützen müßten, für persönliche Reigungen der landwirtschaftlichen Betriebsleiter sei hier kein Platz, diese müßten unbedingt zurückstehen, und diese Leiter unter der Verantwortung und Kontrolle der Direktoren bleiben. Von demokratischer Seite wurde noch besonders hingewiesen, daß Hauptzweck dieser landwirtschaftlichen Nebenbetriebe sein und bleiben müsse: Seilzweck, Beschäftigungs- und Ablenkungsmöglichkeit der Kranken.

Von sozialdemokratischer und Zentrumsseite wurde die Regelung der Arbeitszeit und der Lohnstarife in den staatlichen Anstalten, sowie die Berechnung und Anrechnung der Sachbezüge besprochen; von der Regierung wurde entsprechend Berücksichtigung und Neuprüfung zugesagt.

Bei der Beratung des Titels „Landeshebammenanstalt“ wurde von Zentrumsseite die Änderung des Vertrages mit dem bad. Frauenverein auf Überlassung und Betrieb der an den bad. Staat verpachteten Teile des Ludwig-Wilhelm-Krankenhauses in Karlsruhe beantragt. Der Antrag des Zentrums ging darauf hinaus, durch eine kurze redaktionelle Änderung des Vertrages zu erreichen, daß das Krankenpflegepersonal (einschließlich der Hebammen) sich nicht nur aus Schwestern des bad. Frauenvereins zusammensetze. Der Zentrumsantrag wurde mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Für die soziale und wirtschaftliche Stellung und Not der Hebammen wurde spätere Reichs- und landesgesetzliche Regelung und Prüfung in Aussicht gestellt.

Einen breiteren Raum nahm dann die Debatte bei der Beratung des Titels Gewerbe und Handel in Anspruch.

Die sozialdemokratischen Redner beklagten hier vor allem den großen Mangel an Lehrstellen im Handwerk, das Fehlen von staatlichen Lehrwerkstätten; ferner wurde auf die große Gefahr der Auswanderung tüchtiger und gelernter Arbeiter hingewiesen, und auf die geringen staatlichen Mittel für Förderung des Zweckes im Gegensatz zur Landwirtschaft. Auch die Methoden der Arbeitsvergebung, Submissionswesen und Blüten wurde besprochen, und hier Einsprüche der Regierung verlangt. Die sozialdemokratischen Vertreter stellen hier 3 Hauptforderungen für die Arbeitsvergebung auf:

1. Tarifliche Bezahlung der Arbeiter.
2. Gutes Material.
3. Saubere, fachgemäße Arbeit.

Die Stellungnahme des Unternehmertums und der Industrie vertrat in erster Linie der deutschnationalen Redner, der die Behauptung aufstellte, daß der zunehmende Mangel an Qualitätsarbeit zum Mangel an Lust zum Lernen von Qualitätsarbeit zuzuführen sei. Es sei auch keine Möglichkeit, nach Leistung zu bezahlen, kein junger Mann wolle etwas lernen! Nur wer etwas gelernt habe, habe überhaupt Anspruch auf Lohn!

Der Zentrumsredner betonte insbesondere die Rückständigkeit der Produktionsweise der deutschen Industrie, die in der ganzen Welt sprichwörtlich geworden sei.

Der Regierungsvertreter wies darauf hin, daß wir vor 10 Jahren ständig unsere Technik verbesserten, dies aber heute allgemein nicht mehr der Fall sei. Es war von jeher so, daß unsere Technik leider nur für die Großindustrie schlecht entwickelten, Neuerungen einzuführen. Im Interesse des ganzen Landes und des Volkes sei rationelle Betriebsführung notwendig.

Das Badische Landestheater Karlsruhe

Amtlich wird mitgeteilt:

Das Dienstverhältnis des Operndirektors Cortolezis am Landestheater ist vom Verwaltungsrat des Landestheaters heute auf Schluß der laufenden Spielzeit gekündigt worden.

Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft technischer Beamtenverbände (Ratob) in Karlsruhe

Die Vertreterversammlung besaßte sich in ihrem weiteren Verlauf mit der Regelung der Amtsbeziehungen für die technischen Beamten. Die Amtsbezeichnung soll die technische Tätigkeit erkennen lassen, was nur durch eine reine technische Bezeichnung zu erreichen ist. Bei der Wunschedigkeit der einzelnen Staaten wird sich in Deutschland eine völlig einheitliche Regelung kaum erreichen lassen, jedoch ist auf alle Fälle Wert darauf zu legen, daß der technische Beruf durch die Amtsbezeichnung klar zum Ausdruck kommt, so daß Zweifel darüber, ob es sich um Techniker oder sonstige Beamte handelt, nicht entstehen können. Die jetzigen vermorrenen Amtsbeziehungen, die durchaus nicht den vorstehend

geforderten Ansprüchen entsprechen, müssen ersetzt werden durch klare eindeutig auf die Tätigkeit und Vorbildung des betreffenden Beamten hinweisende Bezeichnungen.

Dann wurden die Beförderungsfragen eingehend behandelt. Die bekannt gewordene Neuregelung der Beamtengehälter veranlaßte die einstimmige Annahme einer Entschärfung, in der gegen die Beförderungsneuregelung Stellung genommen wird, die einem handwerklich vorgebildeten Beamten eine Höherwertung seiner Leistung von jährlich nur 80 M. gebe. Die Vertreter der technischen Beamten lehnten es ab, diese Neuregelung vor ihren Mitgliedern zu vertreten.

Die Ausbildungsfragen der technischen Beamten bildeten einen weiteren Gegenstand der Beratung. Es kam zum Ausdruck, daß sowohl in der Ausgestaltung der Ausbildungsrichtungen für Hochschultechniker, Mittelschultechniker und handwerklich vorgebildete Beamte Abänderungen und Vereinfachungen in den bestehenden Einrichtungen dringend notwendig sind. Das gilt in erster Linie von den Baugewerk- und Maschinenbauabteilungen. Besondere Aufmerksamkeit muß für die Zukunft sowohl der Ausbildung der Handwerker als der der handwerkstechnischen Beamten gewidmet werden, da von einem hoch befähigten Handwerkerstand in erster Linie ein Aufblühen der deutschen Wirtschaft abhängig sein wird. Die deutsche Wirtschaft wird in Zukunft noch mehr als vor dem Kriege auf erstklassige Qualitätsarbeit angewiesen sein. Es ist weiter beabsichtigt, das Presswesen der „Ratob“ auszubauen um noch mehr Einfluß als bisher auf die Öffentlichkeit zu bekommen.

Der Freitag Nachmittag war arbeitsreicher Ausschusssitzungen vorbehalten, wogegen am Freitag abend die Tagungsteilnehmer sich in der Brauerei „Schrenpp“ zu einem geselligen Beisammensein zusammenfanden, das durch Musik, Gesang und selbst erdichtete Reime des Herrn Dintemüller-Karlsruhe, die sich auf beachtlicher Höhe hielten, verschönt wurde.

Die Verhandlungen wurden am Samstag nachmittag abgeschlossen.

In der Frage der öffentlichen Betriebe fand eine Entschärfung Annahme, in der erneut Einspruch gegen die Überführung öffentlicher Betriebe in Privatbesitz erhoben wird. Insbesondere wird gefordert, die gesetzgebenden Körperschaften allen Bestrebungen der Reichsbahn den privaten oder gar, wie es in dem Daweschischen Gutachten angedeutet ist, dem internationalen Besitz oder auch nur internationalen bestimmenden Einfluß auszuliefern, entschiedensten Widerpruch entgegenzusetzen.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender: Eisenbahningenieur Becker, 2. Vorsitzender: Reg.- und Baurat Marciniowski, 3. Vorsitzender: Oberwerkmeister Feist, sämtlich in Berlin.

Die nächstjährige Tagung soll, um den besetzten Gebieten die Treue und Sympathie des übrigen Deutschland zu übermitteln, in Köln (Rh.) stattfinden.

Badische Bauernvereinstagung

Am Sonntag tagte in Konstanz die Mitgliederversammlung des Badischen Bauernvereins, welche alle drei Jahre stattfindet, im oberen Konzilsaal. Aus allen Teilen des Badener Landes, besonders stark aus dem entfernten badischen Unterland, war die Tagung besucht, und es mögen rund tausend Teilnehmer gewesen sein.

Der Hauptversammlung, welche am Nachmittag stattfand, gingen am Vormittag verschiedene Versammlungen der Teilorganisationen voraus. So tagte um 9 Uhr die 16. Generalversammlung der Tiergenossenschaft und der bad. Geflügelzuchtgenossenschaft, um 10 Uhr die 18. ordentliche Generalversammlung der Badischen Bauernbank. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Freiherr von Mensingen, leitete die Versammlung und teilte mit, daß die Badische Bauernbank im vergangenen Jahre 26 Filialen zählte. Am 1. Januar 1923 zählte die Bauernbank 725 Genossenschaften und 322 Einzelpersonen. Gegen Schluß des Jahres betrug die Zahl 993 Genossenschaften und 344 Einzelpersonen. Die Goldmarkteröffnungsbilanz am 1. 1. 1924 schließt mit Aktiv und Passiva von 4 472 467 M. und einem Reingewinn von 118 000 M., sowie einem Reservefonds von 20 000 M. ab. Hieran schloß sich die 14. ordentliche Generalversammlung der Zentralgenossenschaft, Sitz Freiburg i. Br. an. Die Mitgliederzahl erhöhte sich im vergangenen Jahre um 131. Nach Mitteilung des Direktors Burthart sollen die Warenanteilscheine nach ihrem Goldwert voll aufgewertet werden und zwar möglichst schon vom Juni ab. Dann folgte der 16. ordentliche Verbandstag des Genossenschaftsverbandes, der vom Staatsrat Abg. Weishaupt-Füllendorfer geleitet wurde. Der Verband umfaßt 112 000 Mitglieder und verfügt über eine Gesamtsumme von 30 Millionen Goldmark. Der neue Zugang beträgt 258 Genossenschaften.

Die am Nachmittag abgehaltene Mitgliederversammlung des Bad. Bauernvereins war ebenfalls außerordentlich gut besucht. Zahlreiche Gäste, darunter Vertreter der badischen Regierung der Präsident der Zentralgenossenschaft in Berlin, Vertreter der Stadt Konstanz und der dort ansässigen Behörden wurden vom Präsidenten des Bad. Bauernvereins Staatsrat Weishaupt begrüßt. Redner verwies auf die besonders schwierige Lage der Landwirtschaft und betonte die Notwendigkeit der Einführung von Schutzzöllen. Aus dem vom Direktor Angenheiter erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß der Bad. Bauernverein 130 000 Mitglieder umfaßt. Insbesondere habe der Verein den Rechtschutz gepflegt, ferner die Steuerbelastung, das Versicherungswesen und den gesamten Warenumsatzverkehr, der eine Höhe von 2 Millionen Zentnern erreicht habe. Im 1. Quartal des laufenden Jahres ergebe sich ein Umsatz von 176 Millionen Goldmark. In den Vorstand wurden gewählt Staatsrat Weishaupt als Präsident, Freiherr v. Stöckingen-Stiefingen als 1. Vizepräsident, Landwirt Lambert Schill als 2. Vizepräsident, ferner eine Reihe von Beisitzern. Über die wirtschaftliche Lage des Bauernstandes sprach der Direktor der bayerischen Landesbauernkammer in München Dr. Forstner, der im einzelnen die Forderungen bezog, die durchgeführt werden müssen, um die süddeutsche Landwirtschaft im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft vor dem Ruin zu retten. Mit der einstimmig erfolgten Annahme von sechs Resolutionen und mit einem Schlußwort des Staatsrats Weishaupt fand die Tagung ihren Abschluß.

Der Landesverband badischer Wagnermeister

hielt in Konstanz vom 17. bis 19. Mai seinen diesjährigen Verbandsstag ab. Während am Samstag in einer Ausschusssitzung die Verbandsangelegenheiten, Wirtschaftsfragen und Erklärungen besprochen und geregelt wurden, fand die Hauptversammlung am Sonntag in dem Sitzungssaal der Handwerkskammer Konstanz statt, zu der u. a. auch Vertreter der bayerischen und württembergischen Wagnermeister erschienen waren. Über die Handwerkerorganisationen im allgemeinen und die Wagnermeister im besonderen sprach Schubertus und Landtagsabgeordneter Dr. Oerfurth. Es wurde u. a. die Einstellung der Regierbetriebe der einzelnen Gemeinden verlangt und die Lehrlingsausbildung verhandelt. Es sollen nur die Handwerkskammern herangezogen sein, die Erlaubnisbescheine zur Lehrlingshaltung an solche Handwerker, die die Meisterprüfung noch nicht abgelegt haben, auszustellen.

Zugung der badischen Metzger

In Konstanz tagte der Bezirksverband der badischen Metzger. Es hatten sich insgesamt 400 Metzger aus allen Teilen Badens eingefunden. Die Zugung beschäftigte sich in der Hauptsache mit den aus der Inflationszeit herrührenden Bestimmungen über Viehhandelsarten, Großhandelsverkaufsstellen, Fleischverpackung, Fleischschneiderei und Fleischprüfungsstellen. An der Zugung nahmen u. a. als Vertreter der Stadt Konstanz Bürgermeister Siegfried und als Vertreter des Ministeriums des Innern Landeskommissar Föhrenbach teil.

Der Jahresbericht wurde von Syndikus Falkert-Mannheim erstattet. Er hob ganz besonders die starken Schädigungen des Fleischergewerbes während der Kriegs- und Nachkriegszeit hervor und betonte, daß es Hauptaufgabe des Verbandes sei, die Aufhebung der badischen Fleischschneiderei zu bewirken. In Punkt 2 der Tagesordnung: Ausbau der Fleischberufsgenossenschaft sprach Obermeister Pfeiffer aus Frankfurt in längerer Ausführungen. An diesen Punkt schloß sich eine besonders lebhaft debattierte. Punkt 3 der Tagesordnung behandelte die Viehhandelsarten und Großhandelsverkaufsstellen. Hierüber sprachen Stadtrat Brüttel und Obermeister Geisler-Frankfurt. Es wurde zu diesem Punkt eine Entschließung angenommen, die die Wiederherstellung der Rechtslage, wie sie vor dem Kriege für das Fleischergewerbe bestand, fordert. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. Die bisherigen Vorstandsmitglieder, Obermeister Dietrich-Karlsruhe, Hohlweg-Lahr, Kollé-Konstanz und Walzmühl-Neß, wurden wieder gewählt. Als Ort für die nächstjährige Verbandstagung wurde Lahr bestimmt.

Verband badischer Verkehrsvereine

Am 13. und 14. Juni wird, wie schon mitgeteilt, in Heidelberg die Tagung des Verbandes Badischer Verkehrsvereine stattfinden. Aus dem reichhaltigen Programm seien folgende besondere Punkte herorgehoben: Freitag, 13. Juni: 3 Uhr Sitzung im Stadtratsaal des Rathauses; 6 Uhr Vortrag des Geh. Rates Dr. Maximilian Krause, Direktor der Reichszentrale für deutsche Verkehrsverbände in Berlin; 8 Uhr Konzert und italienische Nacht im Stadtpark. Samstag, 14. Juni: 9 Uhr Hauptversammlung im Ballsaal der Stadthalle. Darauf Fahrt nach der Molkerei. Die teilnehmenden Damen besichtigen in dessen unter wissenschaftlicher Führung das Schloß. 1.30 Uhr Mittagessen auf der Molkerei. 4.30 Uhr Kaffee in der Schloßkaffeehaus, anschließend Spaziergang nach Pöhlhausen. Punkt 9 Uhr Fahrt zur Schloßbesichtigung mit dem Boot. Nachher gefelliges Beisammensein in der Stadthalle. Sonntag, 15. Juni, Besuch des Kurpfälzischen Museums und Matinee der „Nordischen Woche“ im Kollegienhaus.

Kommunale Rundschau

Die Bautätigkeit in Freiburg im Jahre 1923

St. A. Die Bautätigkeit hielt sich im vergangenen Jahre trotz der unangünstigen wirtschaftlichen Lage und katastrophalen Wertentwertung auf einer beachtenswerten Höhe. Nach den Zusammenstellungen der Stadtbaukontrolle wurden 157 (1922: 133) Haupt- und 4 Nebengebäude fertiggestellt, sowie 83 (88) Urm-, An- und Stodaufbauten ausgeführt. Hierbei ergaben sich insgesamt 289 (277) neue Wohnungen. Die Zahl der neu gewonnenen Wohnräume beträgt 1043 (1922: 861, 1921: 903). Dazu kommen noch 265 (77) Geschäftsräume und 203 (166) Dachstammern. Von den Hauptgebäuden sind 136 (127) Einfamilien- und 20 (5) Mietshäuser mit 2 und mehr Wohnungen. An Gebäuden, die nicht zum Wohnen bestimmt sind, wurden fertiggestellt: 25 (13) Haupt- und 151 (210) Nebengebäude sowie 66 Stodaufbauten, Urm- und Anbauten der verschiedensten Art. Hierbei ergaben sich 142 (139) Werkstätten, Büros, Lager- und sonstige Geschäftsräume und 2 Wohnwohnungen. Unter den Hauptgebäuden befindet sich der Urm- und Erweiterungsbaubau des ehemaligen Garnisonkaserne in die Hauptklinik (Kauptstraße) und in der im Krieg (1917) durch Bombeneinwurf zerstörten Anatomie (Alberstraße), die Eisenbahnbetriebswerkmeisterei am Hauptbahnhof der Umbau des alten Theaters zum Sammlungsgebäude (Augustinermuseum) und des Restaurants „Tivoli“ zur Mädchenschule Herdern. Dem Wohnungszugang steht infolge Umbaus ein Abgang von 11 (8) Wohnungen mit insgesamt 62 (45) Wohnräumen und 89 (16) Geschäftsräumen gegenüber, so daß der Reinzugang an Wohnungen 278 (269) beträgt. Unter den Abgängen befinden sich 4 (3) Wirtschaften mit Nebenräumen, das Frauenbad (Friedrichstr.), die Dampfzelle Herdern und die Freilichtbühne zu den Kassiospielen am Sandfangweg. Wie in den vergangenen Jahren, so haben sich auch im Berichtsjahr die privaten Bauunternehmer wieder nur in bescheidenem Umfang an Wohnungsbau beteiligt und sich fast ausschließlich auf die Erstellung von Einfamilienhäusern beschränkt. Von gemeinnützigen Bau- und Siedlungsvereinigungen wurden mit staatlichen und städtischen Beihilfen 69 (im Vorjahr 101) kleine Einfamilienhäuser, von der Stadtgemeinde 24 Kleinwohnhäuser und 6 Stodwerkbauten mit insgesamt 47 (39) Wohnungen, von Staat und Reich 19 Dienstwohnungen für ihre Beamten erstellt. In den mit öffentlichen Mitteln unterstützten Neubauten überwiegen die Kleinwohnungen mit 84 Prozent weitaus. Den 163 (1922: 179) Dreizimmer-, 26 (35) Zweizimmer- und 20 (21) Einzimmerwohnungen stehen nur 33 (19) Vierzimmer- und 47 (23) Wohnungen mit 5 und mehr Räumen gegenüber.

Von der Kreisverwaltung Waldshut. Zu einer im Auftrage des Kreisrates Waldshut wegen der Straßenkorrektur im Gemeindebereich-Wemtschwil anberaumten Versammlung in Wiedermühle waren zahlreiche Vertreter des Kreises, der Stadt und Interessenten erschienen. Der Kreisvorsteher, Rechtsanwalt Siebert, wies darauf hin, daß infolge der eingetragenen Kreisänderung für eine östentliche Verbindung mit der Kreisstadt Sorge getragen werden müsse. Amtmann Dr. Schäbly erklärte namens der Kreisverwaltung, daß auch die Staatsbehörde dem Projekte große Bedeutung beilege. Vorstand Weisk erläuterte ausführlich das Projekt in technischer Hinsicht. Bezüglich der Kosten führte der Kreisvorsteher des näheren aus, daß die Gesamtausgaben auf ca. 100.000 Mark ohne Gelände zu veranschlagen seien, wovon der Kreis ausnahmsweise im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Korrektur anstatt der üblichen 25 Prozent 30 Prozent zu übernehmen bereit sei. Wenn der Staat 50-60 Prozent beizubringen, wären für die beteiligten Gemeinden und Interessenten etwa 15 Prozent auszubringen. Nach ausgiebiger Aussprache erklärte die Versammlung einstimmig, daß die Ausführung des Straßenganges nötig und so rasch als möglich vorgenommen werden müsse. Die Gemeindevorsteher verlangten jedoch, daß der Versuch gemacht werde, den Staat zu einem höheren Beitrag als 50 Prozent zu bewegen. Auf Antrag des Kreisvorstehers wurde eine Kommission gewählt, die bei der zuständigen Behörde in Karlsruhe eine Beitragsleistung des Staates wünschenswert auf 60 Prozent erwirken soll. Der Vorsteher gab sodann die Erklärung ab, daß mit den Vorarbeiten für das Projekt auf Kosten des Kreises sofort begonnen werden soll.

Gemeinnützige Markgräfler Baugenossenschaft. In einer stark besuchten Versammlung im Rathaus zu Müllheim wurde am Freitagabend die „Gemeinnützige Markgräfler Baugenossenschaft m. b. V.“ gegründet. Die Gastsumme wurde auf 300 Mark, der Genossenschaftsbeitrag auf 1 1/2 vom Tausend festgesetzt. Es traten sofort 65 Mitglieder der Baugenossenschaft bei.

Aus der Landeshauptstadt

Schülerzahl der hiesigen Höheren Schulen. Im Schuljahr 1924/25 werden besucht (die in Klammern beigefügten Zahlen geben die Ziffern des vorangegangenen Schuljahres an): das Gymnasium von 540 (546), die Goetheschule (Realgymnasium) von 592 (567), die Humboldtschule (Realgymnasium) von 391 (378), die Delmholtz-Oberrealschule von 567 (526), die Kant-Oberrealschule von 588 (542) Schülern, die beiden Höheren Mädchenschulen (einschließlich Fortbildungsklasse, aber ohne Gymnasialabteilung und Lehrerinnenseminar) von 1456 (1447), die Gymnasialabteilung der Höheren Mädchenschule (Leistungsschule) von 165 (157), das Lehrerinnenseminar (Fächerschule) von 61 Schülerinnen. Von den beiden Höheren Mädchenschulen besuchen die Leistungsschule einschließlich Fortbildungsklasse, aber ohne Gymnasialabteilung, 540 (534), die Fächerschule (ohne Lehrerinnenseminar) 916 (913) Schülerinnen.

Handwerkskammerwahlen. Die Handwerker und die Vorstände der gewerblichen Vereinigungen des Amtsbezirks Karlsruhe werden auf die im amtlichen Teil dieses Blattes veröffentlichte Bekanntmachung der Bezirksamtspolizeidirektion Karlsruhe „Handwerkskammerwahlen 1924 betr.“ an dieser Stelle noch besonders hingewiesen.

Agnes Desarts ist uns Karlsruhe schon eine liebe alte Bekannte geworden. Jeder, der einmal ihr „Lustiges Durch-einander zur Laute“ gehört und gesehen hat, wird auch an ihrem jetzigen Abend, Montag den 2. Juni, nicht fehlen. Die Künstlerin ist inzwischen zweifellos die beliebteste und populärste Lauteufängerin Deutschlands geworden, in München a. B. hatte sie Erfolge, wie sie noch nie einer ihrer Kolleginnen zu teil geworden sind. Der Vorberlauf in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt wurde eröffnet.

Zu Fuß um die Erde. Die Behauptung, die in einem englischen Sportklub aufgestellt wurde, daß bei einem Marz um die Erde nur ein Engländer den Sieg erringen würde, gab Veranlassung zu einer Wette, die zurzeit von einem Deutschen, einem Deutsch-Österreicher, einem Franzosen und einem Engländer ausgetragen wird. Die ganze Strecke, die zu durchgehen ist, beträgt einschließlich der Seewege, die mit dem Schiff zurückgelegt werden, 98.000 Km. Dem Sieger winkt der Meisterrangstitel und außerdem ein Geldpreis von 1 Million Goldfranken. Karl Sahlfeld vom Sportklub „Kepad“ Bonn und sein Partner Wilhelm Baumann haben die Reise in Bagdad am 2. Osterfeiertag 1922 angetreten und müssen das Ziel am 2. Osterfeiertag 1927 erreicht haben. Die Wanderer, die sich heute auf unserer Redaktion gemeldet haben, berichten, daß sie zu Fuß von Bagdad durch die Wüste bis Damaskus, dann durch Armenien und weiter bis Konstantinopel wanderten. Dann gingen durch Griechenland, Bulgarien, Deutsch-Österreich, Bayern, bis Mannheim und Karlsruhe. Bis heute sind über 2300 Km. zurückgelegt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 30 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Recordierungen und Bekanntmachungen: des Staatsministeriums; die Gebühren der Gesundheitsbeamten für amtliche Verrichtungen; über die Kosten der Beurkundungen und Beglaubigungen durch Mitglieder oder Beamte der Jugendämter; des Ministers des Innern; Verpflegungssätze für Kranke im Landesbad in Baden und im Landesbad in Dürheim; Gehaltswesen; des Ministers des Innern und des Arbeitsministers; die wirtschaftliche Demobilisierung; des Arbeitsministers; Süddeutsches Knappschäfts-Oberverwaltungsamt.

DZ. Heidelberg, 22. Mai. Die badischen Landesherren, vierzig Vertreter des gesamten badischen abligen Großgrundbesitzes haben gestern und vorgestern hier ihre Tagung abgehalten.

DZ. Forzheim, 24. Mai. Ein 14 Jahre alter Gärtnerlehrling wurde, als er über die Mittagszeit während eines Gewitters in einer Hütte Zuflucht suchte, vom Blitze getroffen und sofort getötet.

DZ. Triberg, 22. Mai. Der Sportklub Schierle im Hatz plant für die Pfingsttage eine Interalltagsfahrt für Automobile vom Hatz nach dem Schwarzwald. Triberg wird der Zielpunkt dieser Fahrt sein. Außer dem Schierkerklub werden voraussichtlich noch andere Klubs an der Fahrt teilnehmen; die Ankunft der Teilnehmer ist für Pfingstmontag nachmittag in Triberg angesetzt.

W.D. Schönau (Wiesental), 25. Mai. Zur Erinnerung an die vor Jahresfrist in Düsseldorf erfolgte standrechtliche Erschießung Albert Schlageters fand heute vormittag am Grabe Schlageters auf dem hiesigen Friedhof in Gegenwart der Familienangehörigen eine Gedächtnisfeier statt, die von den bayerischen Verbänden, insbesondere dem Jugenddeutschen Orden, veranstaltet war. Zahlreiche Abordnungen bayerischer Verbände mit ihren Fahnen und Standarten aus Thübingen, Weßfalen, Rheinland, Hessen, Württemberg, Baden usw., die Vertretungen zahlreicher studentischer Körperschaften der Hochschulen Freiburgs und Karlsruhes legten mit kurzen Widmungen Kränze am Grabe nieder. Auch zahlreiche Regiments- und Kriegerevereine, insbesondere ehemalige Kameraden Schlageters, waren durch Deputationen vertreten. Der letzte Kommandeur Schlageters im Osten, Freiberger von Nebem, feierte Schlageter als deutschen Helden, der sein Leben für sein Vaterland hingeben habe, in der Hoffnung, daß sein Opfer nicht vergeblich gebracht sei. In treuer Pflichterfüllung habe er stets geglaubt, seinem Vaterlande dienen zu müssen. Aus tiefer Religiosität heraus habe er die Kraft geschöpft, als deutscher Mann aufrecht in den Tod zu gehen. Für seine Heimatgemeinde widmete der Bürgermeister von Schönau dem Gesallenen einen warm empfundenen Nachruf und legte im Namen der Gemeinde einen Kranz am Grabe Schlageters nieder. Mit einem Treuechwur, gleich Schlageter dem Vaterlande in schwerer Zeit unentwegt beizustehen, und mit einem stillen Gebet fand die Feier ihren Abschluß. Es sind feierliche Störungen vorgekommen. Der An- und Abmarsch der Abordnungen vollzog sich in vollkommener Ruhe.

DZ. Singen a. S., 16. Mai. Das 14. Gedenkfest, das mit dem 30jährigen Jubiläum des Gauzes und dem 50jährigen Bestehen der hiesigen Stabmusik zusammenfällt, wird am Pfingstsonntag und -montag hier stattfinden. Zu dem Fest sind bereits 42 Kapellen gemeldet, so daß dieses Fest ein außerordentliches Ereignis für Singen sein dürfte.

DZ. Konstanz, 19. Mai. Zum 51. Geburtstag des Dichters Wilhelm Scholz, der seit Jahren am Bodensee lebt und in seinen Werken wiederholt Geschichte und Landschaft des Sees dichterisch gestaltet hat, wird die Stadt Konstanz vom 12. bis 18. Juni eine große Festwoche veranstalten, wobei Werke des Dichters durch erste auswärtige Kräfte aufgeführt werden. Das Drama „Der Jude von Konstanz“ wird dabei auf dem alten Münsterplatz zur Darstellung kommen. Ein großer Festakt und ein Banquet zu Ehren des Dichters schließen die Festwoche ab.

Vom kleinen Grenzverkehr. Vom 1. Juni ab sollen die Erleichterungen, die im Bezirk Konstanz bereits eingeführt sind, auch auf die übrigen Grenzbezirke ausgedehnt werden, womit einem großen Bedürfnis Rechnung getragen werde.

DZ. Die Regelung des Bodenseewasserstandes wird durch den neuerdings hohen Seelevel nahegelegt. Wenn man bedenkt, daß der Bodensee innerhalb kurzer Frist über einen Meter gestiegen ist, kann man leicht berechnen, welche ungeheure Wassermenge dies entspricht, da die Fläche des Sees 360 Quadratkilometer bedeckt. Das Eigenständige Wasserwirtschaftsamt in Bern ist mit Plänen zur Bodenseeregulierung beschäftigt und wird noch im Laufe dieses Jahres ein endgültiges Projekt vorlegen, worauf bezüglich der Kostenverteilung bzw. Kostenaufbringung Verhandlungen zwischen den Bodenseeuferstaaten beginnen dürften.

Eine gute Feibelbeerente in Sicht. Aus verschiedenen Teilen des Landes wird gemeldet, daß in diesem Jahre eine außerordentlich gute Feibelbeerente zu erwarten ist. Auch die Kirchnerente scheint nach dem jetzigen Bestand hervorragend zu werden.

Der württembergische Rebbaun. Ueber den württembergischen Rebbaun wird berichtet: Durch die nicht gerade erfreuliche Witterung im April wurde der Austrieb zurückgehalten, was durchaus nicht ungünstig war. Der Rebschnitt ließ erkennen, daß das Rebbolz durch den harten Winterfrost keinen Schaden erlitten hat; nur in der Tauberregion, wo der Frost 25 Grad C. erreichte, haben die über die Schneedecke hervorragenden Holzteile stärker gelitten. Man half sich dort beim Schnitt durch ein häufigeres Stacheln von Bodenholzern. Eine ganz vorzügliche Beschaffenheit hat der Weinbergboden unter dem Einfluß des öfteren tiefen Gefrierens und Auftauens angenommen. Neuanlagen sind nur in mäßigen Umfang entstanden. In den Reblausgegenden richtet man sich auf die Erzeugung von Propfen, auf Amerikanerunterlage, ein. Der Weinabsatz nimmt langsam seinen Fortgang. Der Festolterpreis für 1923er stellt sich zurzeit auf 80-120 M.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

in Millionen Mark

| | 26. Mai | | 24. Mai | |
|-------------------|------------|--------------------------|------------|--------------------------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam | 1 575 100 | 1 592 900 ¹⁰ | 1 575 100 | 1 592 900 ¹⁰ |
| Kopenhagen | 711 200 | 714 800 ¹⁰⁰ | 712 200 | 715 800 ¹⁰⁰ |
| Italien | 187 000 | 188 000 ¹⁰⁰ | 187 500 | 188 500 ¹⁰⁰ |
| London | 18 405 000 | 18 495 000 ¹⁰ | 18 405 000 | 18 495 000 ¹⁰ |
| Newyork | 4 190 000 | 4 210 500 ¹⁰ | 4 190 000 | 4 210 500 ¹⁰ |
| Paris | 231 900 | 233 100 ¹⁰⁰ | 229 400 | 230 600 ¹⁰⁰ |
| Schweiz | 746 100 | 749 900 ¹⁰⁰ | 748 100 | 751 900 ¹⁰⁰ |
| Brag | 124 600 | 125 400 ¹⁰⁰ | 125 600 | 125 400 ¹⁰⁰ |
| Wien (100 Kronen) | 59 300 | 59 700 ¹⁰⁰ | 59 300 | 59 700 ¹⁰⁰ |

Die kleine Ziffer bedeutet die Forderung in Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 20. Mai 1924 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 94 sh 8 d bzw. für ein Gramm Feingold 36,5232 pence.

Von der Billinger Bank. In der am 21. Mai stattgefundenen Generalversammlung der Billinger Bank, zu der mehr als hundert Teilhaber erschienen waren, gedachte der Vorsitzende des Aufsichtsrats zunächst des verstorbenen Direktors Minnich und stellte namens des Aufsichtsrats ausdrücklich fest, daß irgend welche Verfehlungen des Herrn Minnich auch nicht im geringsten vorliegen. Der Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1923 gibt ein Bild über die Folgen des Inflationselends für die Bank. Die Mitgliederzahl hat sich um 111 vermehrt und betrug Ende 1923 1317. Die daran anschließend vorgetragenen Berichte über die Revisionen des Aufsichtsrates und des Verbandsrevisors wiesen, daß die Bank aufs beste geleitet ist. Der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn mit 15 000 Mark wurde als Umstellungsrücklage verwendet. Auch die Goldmarköffnungsbilanz wurde einstimmig genehmigt. Dieselbe weist noch 95 000 Goldmark Reserven auf. Die Höchstsummen für fremde Gelder wurde auf 1 Million, die für Einzelkredite auf 20 000 Goldmark festgesetzt. Um die Mitglieder vor einer nochmaligen Entwertung zu schützen, sollen die neuen Geschäftsanteile nicht auf Rentenmark, sondern auf Goldmark lauten. Der Geschäftsanteil wurde auf 200 Mark, die Gastsumme auf 30 Mark festgesetzt, wobei der neue Stammanteil in Raten eingezahlt werden kann. Fünf Stammanteile sollen zulässig sein. Hinsichtlich der alten wertlosen Papiermarktgeschäftsanteile wurde beschlossen, daß spätestens im Jahre 1930 eine Teilaufwertung stattfinden habe, wofür die bisherigen Papiermarktgeschäftsanteile als durch die Entwertung erloschen gelten. An Stelle des verstorbenen Direktors Minnich wurde der bisherige Bevollmächtigte Karl Baumann in den Vorstand gewählt.

Der Austausch der Goldanleiheküde. Die Frist, innerhalb der die als Zahlungsmittel verwendeten Stücke der Schatzanweisungen des Deutschen Reiches vom Jahre 1923, fällig am 2. 9. 1935, über 0,42, 1,05, 2,10, 4,20 und 8,40 und 21 Goldmark zum Nennwert in Rentenmark oder anderen gesetzlich festgesetzten Zahlungsmitteln umgetauscht werden, wird bis zum 31. 5. 1924 verlängert. Anträge zum Umtausch dieser Stücke in neue unverzinsliche Stücke von auf 500, 1000 und 2000 Goldmark lautenden Schatzanweisungen, die am 1. 12. 1924 oder am 1. 8. 1925 fällig werden, können bis auf weiteres unter den bereits bekannt gemachten Bedingungen nach diesem Termin gestellt werden. Ein Zwang zum Umtausch der Goldanleihe in andere Zahlungsmittel oder neue Schatzanweisungen besteht nicht. Die vorbezeichneten Abschnitte der Goldanleihe bleiben, auch wenn sie von den Käufen des Reiches nicht mehr in Zahlung genommen werden, Wertpapiere mit den dazugehörigen Rechten.

Staatsanzeiger

Notar Oppenheimer in Mannheim ist zum Treuhänder bei der Rheinischen Hypothekbank und Notar Schilling daselbst zu dessen Stellvertreter bestellt.

Karlsruhe, den 24. Mai 1924

Der Justizminister:
J. B. Schmitt

Fortsetzung des Zentral-Handels-Registrier für Baden.

Mannheim. B.485
Zum Handelsregister B Band XX D.-Z. 51, Firma „Deutsche Textilvereinigung Aktiengesellschaft Berlin, Zweigniederlassung Mannheim“ in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma „Deutsche Textilvereinigung Aktiengesellschaft“ in Berlin, wurde heute eingetragen: Die Firma der Zweigniederlassung lautet jetzt: Deutsche Textilvereinigung Aktiengesellschaft — Detag — Berlin Zweigniederlassung Mannheim. Mannheim, 10. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.487
Zum Handelsregister B Band VIII D.-Z. 14, Firma „Eitel Aktiengesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Wilhelm Balther ist erloschen. Mannheim, 12. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.489
Band XXVIII D.-Z. 55, Firma „Erdinger Aktienbrauerei vorm. Größlich von Oberndorfische Brauerei, Aktiengesellschaft“ in Ebingen, wurde heute eingetragen: Hermann Ehret ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden. Konful Hermann Menzer, Redarergemeinschaft, und Dr. Gerhard Frhr. v. Campenhausen, Heidelberg, sind als Vorstandsmitglieder bestellt. Mannheim, 12. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.492
Band XVIII D.-Z. 44, Firma „Badische Okerpräparate- und Grünlerfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Emil Geinzer, des Ludwig Rang und des Karl Weinhardt, ist erloschen. Die Firma ist erloschen. Mannheim, 12. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.493
Zum Handelsregister B Band XI D.-Z. 14a, Firma „Aluminiumwalzwerk Württembergische Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Dr. Gabriel Van Dorst ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Mannheim, 13. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.494
Zum Handelsregister B Bd. XXIII D.-Z. 26, Firma „Ettlinger & Weber, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Kaufmann Louis Drappel, Mannheim, ist als Geschäftsführer, und zwar als Vorsitzender der Geschäftsführer, bestellt. Ernst Specht ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Mannheim, 13. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.512
Zum Handelsregister B Band VII D.-Z. 49, Firma „Albert Meritofor Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Gemäß dem Beschlusse der Gesellschafterversammlung vom 28. April 1924 ist das Stammkapital durch Umstellung von 1 000 000 M. auf 20 000 Goldmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag entsprechend eingereichten Niederschrift, auf die Bezug genommen wird, geändert. Mannheim, 15. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.513
Zum Handelsregister B Band XII D.-Z. 2, Firma „Industrielle Kreditgesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Gesellschafter vom 3. Mai 1924 entsprechend der eingereichten Niederschrift

auf die Bezug genommen wird, geändert. Mannheim, 15. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.514
Zum Handelsregister B Band XV D.-Z. 12, Firma „Baugesellschaft für Hoch-, Tief- und Wasserbau Beton und Eisenbeton mit beschränkter Haftung in Liquidation“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Der bisherige Geschäftsführer Walter Zahn, Kaufmann, Mannheim, ist Liquidator. Die Firma ist erloschen. Mannheim, 15. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.515
Zum Handelsregister B Band XVII D.-Z. 55, Firma „S. & J. Ludwig Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 5. Mai 1924 ist das Stammkapital von M. 30 000 infolge Umstellung auf 3000 Goldmark ermäßigt und der Gesellschaftsvertrag entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf die Bezug genommen wird, geändert. Mannheim, 15. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.516
Zum Handelsregister B Band XVIII D.-Z. 13, Firma „Badische Papierindustrie mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Dem Kaufmann Karl Pfeiffinger, Mannheim, u. dem Kaufmann Anton Benz, Mannheim, ist Gesamtprokura decessu erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt ist. Mannheim, 15. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.529
Zum Handelsregister B Band XVI D.-Z. 6, Firma „Continental Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Peter Schaaff ist erloschen. Mannheim, 16. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.530
Zum Handelsregister B Band XIV D.-Z. 39, Firma „Mannheimer Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Leopold Koller u. des Peter Schaaff ist erloschen. Mannheim, 16. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.531
Zum Handelsregister B Band XXVIII D.-Z. 68, wurde heute die Firma „Gesellschaft für Hochdrucktechnik und Apparatebau mit beschränkter Haftung“ in Mannheim (Mannheim, Mülheimerstr. 16), eingetragen. Der Gesellschaftsvertrag der Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist am 11. April 1924 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist der Entwurf, die Konstruktion, die Herstellung und der Vertrieb von Hochdruckapparaten und Maschinen aller Art, sowie von vollständigen zusammenhängenden Fabrikanlagen, vornehmlich für die chemische Industrie, sowie die Konstruktion u. der Vertrieb von Apparaten und Maschinen aller Art für die gesamte Industrie und die Übernahme von Ingenieuraufträgen aller Art. Die Gesellschaft kann Schutzrechte, Verträge und geistiges Eigentum sonstiger Art auf ihren Arbeitsgebieten erwerben und verwerten, sich an gleichartigen und ähnlichen Unternehmungen beteiligen u. alle diesen Zwecken dienenden Geschäfte vornehmen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Goldmark.

Mannheim. B.540
Zum Handelsregister B Band XXVI D.-Z. 40, Firma „Frey & Hornig, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetrag:

Mannheim. B.541
Zum Handelsregister B Band XIV D.-Z. 20, Firma „Oberheinische Baugesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Dr. Adolf Engel ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Louis Lewinski, Mannheim, ist als Geschäftsführer bestellt. Mannheim, 19. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.542
Zum Handelsregister B Band XVIII D.-Z. 16, Firma „Hermann Lübtzern & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Wilhelm Eschner ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Arthur Ebers, Stuttgart, ist als Geschäftsführer bestellt. Mannheim, 19. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.543
Zum Handelsregister B Band XXI D.-Z. 14, Firma „Batavia“ Zigaretten- und Rauchtabakhandelsgesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Max Ebingen ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Mannheim, 19. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.544
Zum Handelsregister B Band XVII D.-Z. 26, Firma „Joseph Bögeler Aktiengesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Direktor Ludwig Hermann, Mannheim, ist zum Vorstandsmitglied bestellt. Mannheim, 20. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.545
Zum Handelsregister B Band XXIV D.-Z. 46, Firma „Propaganda- und Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Emil Kunz ist als Geschäftsführer ausgeschieden. Kaufmann Alfred Hoffmeister, Heidelberg, ist als Geschäftsführer bestellt. Mannheim, 20. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.546
Zum Handelsregister B Band II D.-Z. 18, Firma „Oberheinische Versicherungsgesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Dem Gerichtsassessor a. D. Dr. Johannes Mühlbauer, Mannheim, ist Gesamtprokura erteilt. Mannheim, 17. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Mannheim. B.547
Zum Handelsregister B Band XXVIII D.-Z. 2, Firma „Aktien-Gesellschaft für Gardinen-Fabrikation“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Die Kaufleute Ferdinand Schill und Heinrich Wiewede, beide in Mannheim, sind als Gesamtprokuristen bestellt. Mannheim, 17. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.-G. 4.

Wosbach. B.522
Zum Handelsregister B Band I wurde bei der Firma „Kraftwerke Unterbaden G. m. b. H.“ in Wosbach eingetragen: Die Gesellschaft ist erloschen. Wosbach, 15. Mai 1924. Bad. Amtsgericht.

Offenburg. B.523
Handelsregister Abt. A Band II D.-Z. 88 Seite 175: Firma Richard Steinmetz in Appenweier. Inhaber: Kaufmann Richard Steinmetz in Appenweier. Offenburg, 21. Mai 1924. Bad. Amtsgericht I.

Gravieraufstall Sievers & Sohn in Hausen wurde eingetragen: Karl Sievers, Fabrikant in Hausen, ist am 1. Mai 1924 in das Geschäft als weiterer persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Überlingen, 23. Mai 1924. Der Berichtsschreiber des Amtsgerichts.

Wolfsch. B.524
In das Handelsregister Band I D.-Z. 38 ist heute eingetragen worden: Hans & Eulacher, Edelbranntweinbrennerei und Likörfabrik Aktiengesellschaft in Wolfsch i. R. Gegenstand des Unternehmens ist: Herstellung und Vertrieb von Edelbranntweinen und Likören, und die Fortführung der Geschäfte der in Liquidation tretenden Firma Haas & Eulacher, offene Handelsgesellschaft in Wolfsch i. R. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich auch an anderen Unternehmungen in jeder zulässigen Form zu beteiligen. Stammkapital beträgt 50 000 Goldmark. Vorstand ist Kaufmann Erwin Haas in Wolfsch. Der Gesellschaftsvertrag ist am 3. Mai 1924 festgestellt. Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Die Aufstellung u. Entlassung erfolgt durch den Aufsichtsrat. Zur gültigen Verpflichtung der Gesellschaft ist, falls mehrere Vorstandsmitglieder bestellt sind, die Zeichnung durch zwei Vorstandsmitglieder, oder durch ein Vorstandsmitglied und einen Prokuristen, erforderlich. Das Stammkapital im Betrage von 50 000 M. ist durch 500 Aktien über je 100 M. in voller Höhe übernommen. Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. Wolfsch, 22. Mai 1924. Bad. Amtsgericht.

Bereinsregister. B.527
In das Vereinsregister ist zu Band XII D.-Z. 4 eingetragen: Grün-Gold-Club für Tanz und Tennisport Karlsruhe in Karlsruhe, 23. Mai 1924. Bad. Amtsgericht B.2.

Badisches Landestheater. Montag, 26. Jan. 7-10 Uhr. Sp. I. M. 4.20. Gleichzeitig Schilervorstellung. Die Jungfrau von Orleans.

Franz Haniel & Cie.
Größte Rheinflotte G. m. b. H. Eigene Zechen
Zweigstelle Karlsruhe Kaiserstraße 231
Fornruf 4255 u. 4956
Kohlen Kalisalze
Koks Düngekalk
Briketts Thomasmehl
Brennholz Stickstoffdünger
Gross- und Kleinverkauf
Wir empfehlen jetzt schon mit der Eindeckung des Winterbedarfs zu beginnen D.334

G. Braun
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruhe, Karlsruherstr. 14
Modern eingerichtete leistungsfähige
Buchdruckerei
Herstellung von Druckarbeiten jeder Art: Aktien, Wertpapiere, Prospekte, Kataloge usw. in einfacher bis feinsten Ausführung, in deutschem und fremdsprachlichem Satz